

Neues Denken für neues Handeln notwendig

Maik Nothnagel über Bundestags-Konferenz: Beteiligung von Menschen mit Behinderung

Nach der ersten fraktionsübergreifenden Konferenz im Bundestag zum Thema „Menschen mit Behinderung“, zu der Bundestagspräsident Norbert Lammert am 26. und 27. Oktober eingeladen hatte und an der etwa 300 Menschen mit Behinderung teilnahmen, betonte der inklusionspolitische Sprecher der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Maik Nothnagel, deren wichtigen Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) und zur politischen Beteiligung und Mitwirkung von Menschen mit Behinderung.

Der Thüringer Landtagsabgeordnete, der auch Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik in der Partei DIE LINKE ist, unterstrich die Forderungen der Berliner Konferenz nach einem Konjunkturprogramm der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Zudem müssten entsprechend der Konvention alle relevanten Bundesgesetze überprüft werden. In Thüringen gibt es von Seiten der Linksfraktion zur Thematik verschiedene parlamentarische Initiativen sowie einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen.

Maik Nothnagel (im Foto auf der Berliner Konferenz, 2. v.l.) betonte, dass die UN-Behindertenrechtskonvention sowie der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung und die Maßnahmenpläne der Bundesländer die Rechte der Menschen mit Behinderung als Menschenrechte eingestuft und damit die Gleichstellung aller Menschen sichergestellt haben. Dies sei eine neue Qualität des gesellschaftlichen Verhaltens gegenüber Menschen mit Behinderung und stelle nicht nur neue materiell-technische und personelle Anforderungen an die Gesellschaft, vor allem sei „neues Denken notwendig, damit neu-

es Handeln Wirklichkeit wird“.

„Sollen z. B., wie im Artikel 6 der UN-BRK formuliert, Frauen mit Behinderungen nicht diskriminiert, sondern allseits gefördert werden, dann berührt dies auch die Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft insgesamt“, so der Landtagsabgeordnete.

Maik Nothnagel verweist auch z. B. auf Fragen der Barrierefreiheit. „Soll diese nicht nur in Bauverordnungen stehen und bei öffentlichen Investitio-



nen wegen nicht ausreichender finanzieller Mittel unberücksichtigt bleiben, dann bedarf es nicht nur allgemeiner Appelle, sondern auch Sanktionen. Neues Denken bricht sich nicht von allein Bahn!“

Der Landtagsabgeordnete der LINKEN weiter: „Wie oft stoßen wir im Leben auf Barrieren. Wie gering sind andererseits oft das öffentliche Interesse sowie das Interesse Privater, diese Barrieren zu überwinden? Beispiel – Interesse der Hersteller von Schrankenanlagen zur Herstellung barrierefreier Schrankenanlagen auch für Bankautomaten. Solange die Behindertenorganisationen und -vertretungen allein darum ringen, Barrieren abzubauen, ist dies ein mühseliger Prozess. Hier kann und muss die Politik entscheidend eingreifen, den Abbau von Barrieren aktiv mit unterstützen und sich in die Diskussionsprozesse einbringen.“

Maik Nothnagel zog ein positives Resümee der Veranstaltung. Er hofft, dass diese keine Eintagsfliege bleibt. Er selbst hatte sich dort vor allem in die Diskussionen der Arbeitsgruppe, die sich mit der Diskriminierung von Frauen und Kindern mit Behinderungen auseinandersetzte, eingebracht. „Bundes- und Landesregierungen müssen sicherstellen, dass die in Bezug auf Artikel 31 der UN-Konvention gesammelten Statistiken und Daten nach Geschlecht aufgeschlüsselt werden“, forderte der LINKE Politiker.

Er fragte: „Wo ist das Rahmenkonzept, das Strategien für Frauen mit Behinderungen in Bezug auf Mutterschaft, Adoption, Reproduktionsmedizin und Sorgerechte für Kinder betrifft?“ Das Pilotprojekt „Frauenbeauftragte in Werkstätten und Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung“ müsse dauerhaft und flächendeckend eingeführt werden. Auf Bundesebene sei nach wie vor die Frage der Elternassistenz zu klären, wozu die LINKE einen Alternativantrag eingebracht habe.

Maik Nothnagel begrüßte die durch Thüringen mit auf den Weg gebrachte Einrichtung eines bundesweit geschalteten Hilfefonns gegen Gewalt an Frauen. Die ab dem neuen Jahr wirksame Hotline soll dazu beitragen, dass die Hilfsangebote noch bekannter werden und auch für Frauen und Mädchen mit Behinderung erreichbar sind.

Zu einer Veranstaltung, die sich mit der Problematik der „Gewalt gegen Frauen mit Behinderung“ beschäftigt, laden die Landtagsfraktion der LINKEN, das Jenaer Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen e.V. und die Rosa-Luxemburg-Stiftung am Montag, den 26. November, in der Zeit von 10.30 Uhr bis 15 Uhr in das Hotel Radisson Blu in Erfurt, Juri-Gagarin-Ring 127, ein.

VON A BIS Z:

Transparenzgesetz

„Die Linksfraktion hat einen Gesetzestext vorbereitet, mit dem alle Abgeordneten des Thüringer Landtags verpflichtet werden, ihre Nebentätigkeiten in finanzieller Höhe, aber auch mit den entsprechenden Auftraggebern öffentlich und für die Bürger transparent zu dokumentieren“, informiert Fraktionsvorsitzender Bodo Ramelow.

Die derzeitige Gesetzeslage zu den Transparenzregelungen der Abgeordneten ist – wie auch im Bund – für die Bürger nicht nachvollziehbar. Ebenso wenig gibt es Verständnis dafür, wenn sich SPD und CDU gegenseitig attackieren, „statt endlich für den gläsernen Abgeordneten zu sorgen“. Alles, was ein Abgeordneter unternehme, müsse für den Bürger transparent sein. Auch wenn das Grundgesetz Abgeordnete frei von Weisungen stelle, dürfe durch intransparente Einnahmen nicht der Eindruck irgendwelcher Abhängigkeiten entstehen. Für Bodo Ramelow ist es „unvorstellbar, wenn Abgeordnete ein dreifach höheres Einkommen aus Tätigkeiten neben dem Mandat erzielen“. Er verweist darauf, dass der Thüringer Landtag ein Vollzeitparlament ist, „und dementsprechend haben die Bürger ein Anrecht zu erfahren, ob und für wen der Landtagsabgeordnete sonst noch tätig ist“. Von den Ministern und Staatssekretären werde erwartet, dass sie ihren bezahlten Dienst in das Interesse des Landes stellen, „und nichts anderes kann für Abgeordnete gelten. Auch die Nebeneinkünfte in Höhe und Herkunft müssen für die Bürger nachvollziehbar sein“.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen finden in der Zeit vom 21. bis 23. November statt und die letzten Landtagssitzungen in diesem Jahr sind in der Zeit vom 12. bis 14. Dezember anberaumt.

Kampf gegen Zwangsarbeit und Sklaverei:

Unter diesem Titel steht eine Diskussion mit Mohamed Ag Akeratane aus Mali, der auf Einladung der Linksfraktion und der Rosa-Luxemburg-Stiftung am Montag, den 19. November, 19 Uhr, in der Kleinen Synagoge in Erfurt über die Situation in Westafrika berichtet.

Weitere tagesaktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:
www.die-linke-thl.de.

Sonntagsarbeit

„Es ist völlig unverständlich, dass bewährte Bestimmungen ausgehebelt werden sollen“, sagte MdL Ina Leukefeld zum veränderten Kriterienkatalog des Thüringer Sozialministeriums für die Genehmigung der Sonn- und Feiertagsarbeit. „Selbstverständlich müssen die Gewerkschaften zu Sonn- und Feiertagsarbeit befragt werden und ihre Stellungnahme abgeben. Thüringen hat ohnehin schon die längsten Arbeitszeiten, Sonntagsarbeit darf keine Selbstverständlichkeit werden.“ Die Streichung wichtiger Schutz- und Kontrollmechanismen bei der Gewährung von Ausnahmeregelungen gefährde das eh schon brüchige, aber verfassungsrechtlich geschützte Arbeitsverbot nachhaltig.

Fahrpreise

Der Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT) hat angekündigt, die Ticketpreise im Bus- und Bahnverkehr in Thüringen zum 1. Januar anzuheben (im Durchschnitt um 4,79 Prozent). Daher forderte MdL Dr. Gudrun Lukin eine stärkere Unterstützung für den Öffentlichen Personennahverkehr durch die Landesregierung:

„Wenn beispielsweise in Erfurt aufgrund schlechter Luftqualität eine Umweltzone eingerichtet werden musste, dann wäre doch die Fahrt mit Bahn und Bus die beste Alternative. Aber dazu müsste die Landesregierung die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs auch als erstrangiges Vorhaben betrachten und finanziell unterstützen. Dies ist leider nicht der Fall.“

Eisenach

Die Initiative von Oberbürgermeisterin Katja Wolf (LINKE) zur Rückkreisung von Eisenach in den Wartburgkreis ist aus Sicht der Linksfraktion im Landtag „mehr als überfällig und wird ausdrücklich unterstützt“, so MdL Frank Kuschel. Ministerpräsidentin und Landesregierung seien nun gefordert, dem Landtag einen Vorschlag zur Aufhebung der Kreisfreiheit von Eisenach zu unterbreiten. Diese sei von Anfang an (seit 1998) ein strukturpolitischer Fehler und ausschließlich von Parteiinteressen vor Ort geprägt gewesen. Sie werde dem Land möglicherweise zusätzliches Geld kosten „und bedeutet für die Einwohner von Eisenach unzumutbare Beschränkungen der städtischen Leistungsangebote“.